

Kirche und Gesellschaft



Oliver Müller

Flucht und Vertreibung

Ursachen und Auswirkungen
im weltweiten Kontext

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Januar 2015, Nr. 416: Markus Borzymiski

Gleichwertige Lebensverhältnisse. Anmerkungen zur Debatte um den Länderfinanzausgleich

Februar 2015, Nr. 417: Axel Bernd Kunze

Sind Bildungsfragen Gesellschaftsfragen? Überlegungen zur demokratiepädagogischen Bedeutung eines Rechts auf Bildung

März 2015, Nr. 418: Florian Bock

Katholizismus und Medien in der Moderne. Eine historische Betrachtung

VORSCHAU:

Mai 2015, Nr. 420:

Ursula Nothelle-Wildfeuer zum Themenbereich „Transatlantischer Freihandel“

Juni 2015, Nr. 421:

Stephan Leibfried zum Themenbereich „Soziales Europa“

September 2015, Nr. 422:

Dirk Sauerland zum Themenbereich „Gerechtigkeit im Gesundheitswesen“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2015

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2830-0

Seit dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie im vergangenen Jahr 2014. Über 51 Millionen Menschen mussten nach den jüngsten Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) ihre Heimat verlassen, als Flüchtlinge oder Binnenvertriebene. Anerkannte Flüchtlinge bilden jedoch nur einen Teil dieser Gruppe, denn dieser Begriff ist eng gefasst. Flüchtlinge migrieren unfreiwillig, um ihr akut bedrohtes Leben zu retten. Laut Artikel 1 der im Jahr 1951 in Kraft getretenen Genfer Flüchtlingskonvention werden Menschen, die sich „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen“ zu Flüchtlingen. Sie sind besonders schutzbedürftig und haben das Recht auf Sicherheit in einem anderen Land. Dazu gehören z. B. hunderttausende Christen, die aus dem Irak und innerhalb des Landes geflohen sind, um den gezielten Angriffen und massiven Drohungen radikal-islamistischer Gruppen zu entgehen. Genauso wie die 1,1 Millionen Menschen aus Somalia, die sich vor den massiven Übergriffen der Bürgerkriegsparteien mit Massenvergewaltigungen, Zwangsrekrutierung von Kindern und öffentlichen Hinrichtungen sowie immer wiederkehrenden Hungersnöten ins Ausland gerettet haben. Allein der Blick auf die Herkunft der Flüchtlinge weist dabei auf eine wichtige Problematik hin. Laut UNHCR kamen im Jahr 2014 rund die Hälfte der weltweit 16,7 Millionen Flüchtlinge¹ aus insgesamt nur fünf Staaten, die von Kriegen und bewaffneten Konflikten erschüttert werden: Syrien (3 Mio.), Afghanistan (2,7 Mio.), Somalia (1,1 Mio.), Sudan (0,7 Mio.) und Kongo (0,5 Mio.). Fast die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, ein großer Teil von ihnen lebt bereits seit Jahren in Lagern und hat keine Perspektive auf Rückkehr. Obwohl die materielle Versorgung der anerkannten Flüchtlinge in den meisten Fällen ausreichend ist, bedrohen Depression und Gewalt das Leben dieser Menschen.

Die Hauptlast von Flucht und Vertreibung tragen die Länder des Südens

Hierzulande ist in der jüngeren Vergangenheit immer wieder der Eindruck entstanden oder vermittelt worden, dass Europa die Hauptlast der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen trägt. Dies ist jedoch mitnichten der Fall. Die meisten von (Bürger-)Krieg, politischer

Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen betroffenen Menschen bleiben in der Regel möglichst nah an ihrem Zuhause oder fliehen ins Nachbarland. Die Zahlen des UNHCR sprechen eine klare Sprache: Im Jahr 2014 fanden vier von fünf Flüchtlingen weltweit Zuflucht in einem Entwicklungsland. Die Hauptlast von Flucht und Vertreibung tragen die armen und ärmsten Staaten der Erde. Wenn zudem die Wirtschaftskraft eines Landes in Bezug zur Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge gesetzt wird, dann befinden sich unter den Top Ten sieben afrikanische Länder (darunter Äthiopien, Tschad, Uganda) und drei asiatische Staaten (Pakistan, Afghanistan sowie Bangladesch). So sind zum Beispiel Pakistan und der Iran die Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge aus Afghanistan. Alleine in Pakistan leben 1,6 Millionen Afghanen, das damit weltweit die größte Zahl an Flüchtlingen aufnimmt. Auf dem zweiten Rang findet sich seit kurzer Zeit der Libanon, der über 1,1 Millionen Menschen (aus Syrien und dem Irak) bei sich beherbergt. Bei einer Einwohnerzahl von nur 4,5 Millionen Menschen ist dies eine bedeutende Leistung, mehr als ein Viertel der Bevölkerung besteht inzwischen aus Flüchtlingen (257 von 1.000). Schweden als das Industrieland mit der höchsten Aufnahmequote bietet hingegen auf 1.000 Einwohner gesehen 12 Flüchtlingen Schutz. Bei den weltweit gestellten Asylanträgen liegt Deutschland weltweit auf dem ersten Platz, 2014 beantragten über 200.000 Menschen Asyl in der Bundesrepublik.

Ähnlich wie im Libanon sehen die Verhältnisse in Jordanien aus, das zusammen mit der Türkei ebenfalls eines der Hauptaufnahmeländer für syrische Konfliktopfer ist. Die dadurch verursachten Auswirkungen sind für die lokale Bevölkerung äußerst spürbar. Es kommt zu einer Verteuerung von Mieten und Nahrungsmitteln, der Billiglohnsektor ist durch das Überangebot von Arbeitskräften aus dem Flüchtlingsbereich – die aus ihrer Not heraus zu jedem Lohn illegal arbeiten – weitgehend zusammengebrochen. Mitarbeitende der Caritas Jordanien berichten zudem von überfüllten Schulklassen, überlasteten Hospitälern und einem Mangel an Trinkwasser. Wirtschaftsexperten schätzen den volkswirtschaftlichen Schaden für Jordanien auf rund drei Milliarden US-Dollar – pro Jahr. Und dennoch: Gastfreundschaft und Solidarität prägen in großen Teilen die öffentliche Einstellung der jordanischen und libanesischen Gesellschaft gegenüber syrischen Flüchtlingen. Humanitäre Flüchtlingshilfe muss unter diesen Voraussetzungen auch die angestammte arme Bevölkerung mit einbeziehen, um den sozialen Frieden zu sichern.

Binnenvertriebene – im eigenen Land auf der Flucht

Die meisten Menschen allerdings, die vor Krieg und politischer Verfolgung fliehen, verlassen zwar ihre Heimat, nicht aber ihr Land. Laut UNHCR gab es im Jahr 2014 weltweit 33,3 Millionen solcher „Binnenvertriebener“, deren Schicksale sich oft vergessen von der Weltöffentlichkeit abspielen. Binnenvertriebene sind auf den Schutz und die Hilfe ihres eigenen Landes angewiesen, doch häufig sind die Regierungen dazu nicht in der Lage, nicht bereit oder selbst Initiatoren der Vertreibung. Obwohl die Notlagen und Bedürfnisse der Binnenvertriebenen denen der Flüchtlinge in vielerlei Hinsicht gleichen, können sich diese nicht auf die Genfer Konvention berufen – und haben damit grundsätzlich auch kein Anrecht auf internationale Hilfe. Ihre Rechte sind nur in den „Guiding Principles on Internal Displacement“ der Vereinten Nationen und regionalen Übereinkünften erfasst. In Syrien gelten aktuell 6,5 Millionen Menschen als intern vertrieben. Viele harren in provisorischen Siedlungen aus, ohne ausreichenden Zugang zu Wasser und sanitären Anlagen, zu Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und Bildung. Sie leben in ständiger Angst, zwischen die Fronten der Bürgerkriegsparteien zu geraten und getötet zu werden. Mitarbeitende von Hilfsorganisationen riskieren oftmals ihr Leben, um Unterstützung zu leisten. Doch auch das reicht für ein menschenwürdiges Leben nicht aus.

Auch Kolumbien ist Schauplatz eines Bürgerkrieges, in dem sich die kolumbianische Armee, paramilitärische Organisationen, Guerillakämpfer und Drogenbanden seit nunmehr 50 Jahren erbarmungslos bekämpfen. Vor allem die Landbevölkerung steht in großer Gefahr, getötet oder brutal vertrieben zu werden. Insgesamt mehr als fünf Millionen Kolumbianer mussten in den vergangenen Jahrzehnten ihre Heimat verlassen und andernorts Zuflucht suchen. Die meisten fliehen vom Land in die Slums der größeren Städte, wo sie nur schwer eine angemessene Unterkunft und einen Arbeitsplatz finden. Fehlende Dokumente erschweren die legale Anerkennung und damit den Zugang zu staatlichen Leistungen. Weltweit leben über 60 Prozent aller Inlandsvertriebenen außerhalb von Lagern, was ihre Begleitung und Versorgung erschwert. Unsichere und ungesunde Wohnverhältnisse sind für diese Gruppe eines der Hauptprobleme. In einigen Ländern (wie Georgien und Aserbaidschan), so berichtet der UNHCR, werden Vertriebene in Privatunterkünften, die sich oftmals in einem miserablen Zustand befinden, von staatlichen Sozialleistungen ausgeschlossen, weil

sie als bereits „angesiedelt“ gelten. Auch die Beschulungsquote von Kindern vertriebener Familien in Privatunterkünften liegt signifikant niedriger als die in Lagern. Diese Gruppe von Flüchtlingen bedarf deshalb der besonderen Aufmerksamkeit von Hilfsorganisationen, weil sie oftmals nicht leicht zu identifizieren ist. Doch auch in organisierten Flüchtlingslagern ist sehr oft mit Problemen zu rechnen. Ein reglementierter Lageralltag mit geringen Arbeits- und Bewegungsmöglichkeiten ist ein fruchtbarer Nährboden für Gewalt und Depression. Nicht selten entstehen in Lagern mafiöse Strukturen, die Kriminalität und Prostitution fördern und von den betreuenden Hilfsorganisationen nur schwer eingedämmt werden können. Aus großen Lagern für syrische Flüchtlinge wurde zuletzt auch immer wieder von Fällen von Menschenhandel berichtet. Es sind nicht immer Krieg und politische Verfolgung, die Menschen bewegen, ihr Zuhause zu verlassen – Flüchtlinge und Vertriebene machen nur einen Bruchteil der Menschen aus, die sich heute fern ihrer Heimat befinden. In einer globalisierten Welt ist Migration zu einem internationalen Phänomen geworden. Derzeit gibt es weltweit fast eine Milliarde Migranten, wobei die Gründe für die Migration zwischen purer Not und Überlebenssicherung bis hin zu Weiterbildung und Selbstverwirklichung rangieren.

Gewalttätige Konflikte sind die wichtigste Fluchtursache

Der Blick auf die regionale Verankerung der weltweiten Flüchtlingsströme unterstreicht, welche große Rolle gewalttätige Konflikte bei dieser Problematik spielen. Nach dem Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung gab es 2014 weltweit 424 Konflikte, von denen 46 aufgrund des Einsatzes organisierter Gewalt und der damit verbundenen gravierenden humanitären Folgen als „hochgewaltsam“ eingeschätzt werden². Damit registrierten die Forscher nicht nur die höchste bisher gemessene Zahl an Konflikten sondern auch die Involvierung von erheblich mehr Staaten. Diese Konflikte sind es, die zuletzt zu einem solch starken Anstieg der Flüchtlingszahlen geführt haben. Zugleich gibt es aber zahlreiche weitere Gründe, die Menschen dazu veranlassen oder zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Die Grenzen zwischen Flucht und Migration gehen dabei fließend ineinander über. Staatszerfall und fehlende politische wie wirtschaftliche Stabilität führen zu erhöhter Abwanderung, wie das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien zeigt. Hinzu kommen in vielen Weltregionen noch demographische Faktoren, die selten der Hauptgrund für Migration und Flucht sind, diese aber verstärken. Vor allem

in ländlichen afrikanischen Gebieten mit hoher Fertilität steht oftmals nicht genug Ackerland zur Verfügung, um den nachwachsenden Generationen eine Existenzgrundlage bieten zu können. Dies führt sehr häufig zur Abwanderung in die Städte und einem erhöhten Urbanisierungsgrad. Selbst west- und ostafrikanischen Ländern mit guten wirtschaftlichen Wachstumsraten gelingt es zurzeit nicht, eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen für die Jugend zu schaffen, die auf den Arbeitsmarkt drängt. Die dadurch ausgelösten Migrationsströme kommen jedoch nur zu einem kleineren Teil in Europa an, die meisten Auswanderer verbleiben in der Region, aus der sie stammen.

Sehr häufig wird eine effiziente Entwicklungshilfe als wirksamstes Mittel gegen Flucht und Migration angesehen. Dies ist insofern richtig, als das die Vermeidung von Hunger und Krankheit sowie der Aufbau verlässlicher Einkommensstrukturen Menschen, die von Armut bedroht sind, Perspektiven und Stabilität geben. Menschen fliehen nicht ohne Weiteres in Regionen mit besseren Einkommensmöglichkeiten, sondern suchen für sich und ihre Familien vor allem auch nachhaltige nicht-materielle Rahmenbedingungen, die zum Beispiel die Aspekte Bildung und Gesundheit umfassen. Mit höherer Bildung (durch geglückte Entwicklung) steigt jedoch auch gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit für Migration in Industrieländer. Es sind zumeist eben nicht die Ärmsten der Armen, die den Weg über das Mittelmeer antreten. Die Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber, die beispielsweise in den letzten Jahren aus Afrika und dem Nahen Osten nach Deutschland kamen, weisen eine doppelt so hohe Akademikerquote wie die deutsche Bevölkerung auf. Speziell die Menschen, die qua Bildung über einen entsprechenden Horizont und die nötigen Geldmittel verfügen, machen sich auf den Weg in andere Gesellschaften, um ihre Lage zu verbessern. Mehr Entwicklungshilfe wird also nicht dazu beitragen, Migrationsströme versiegen zu lassen. Im Gegenteil, sie wird zu mehr Mobilität in den Norden führen. Von diesem Brain-Drain profitieren die Aufnahmeländer in nicht geringem Maße. Beispielsweise arbeiten mehr als ein Drittel aller in Südafrika ausgebildeten Ärzte heute in OECD-Ländern. Gleichzeitig wird ein dringend notwendiger Ausbau der Entwicklungshilfe aber auch einen wirksamen Beitrag leisten, dass die Ärmsten der Armen ein würdevolles Auskommen haben und die Konfliktivität in Regionen mit Verteilungskonflikten abnimmt. Fluchtursachen innerhalb des Südens können so wirksam bekämpft werden. Generell gilt aber weiterhin die Regel: Wenn Wohlstand und Stabilität

nicht zu den Menschen kommen, gehen sie dorthin, wo diese herrschen.

Schätzungsweise 400.000 Menschen aus El Salvador, Honduras und Guatemala durchqueren jedes Jahr illegal Mexiko, um die 3.000 Kilometer lange hochgesicherte Grenze zu den USA an irgendeiner Stelle überwinden zu können. Die nordamerikanische Regierung hat seit 2008 rund 350 Millionen US-Dollar in die Grenzsicherung zu Mexiko investiert, was jedoch nicht zu einer wirksamen Abschreckung ausreisewilliger Mittelamerikaner geführt hat. Die ausufernde Gewalt von Jugendbanden und Drogenkartellen kombiniert mit Armut und Arbeitslosigkeit hat in den genannten Ländern Mittelamerikas zu einer anwachsenden Fluchtbewegung gen Norden beigetragen. Die Flüchtlinge sind dabei allerlei Gefahren ausgesetzt. Selbst die Zahlung von mehreren Tausend Dollar an organisierte Schlepper schützt die Migranten nicht vor Gewalt durch diese selbst oder die Auslieferung an die mexikanische Polizei. Drogenkartelle in Mexiko haben zudem die Entführung von Migranten als lukrativen Geschäftszweig entdeckt. Die Gekidnappten kommen nur dann mit dem Leben davon, wenn ihre Familien in Zentralamerika oder in den USA per Eilüberweisung Summen um die 5.000 US-Dollar transferieren. Zahlreiche entdeckte Massengräber weisen darauf hin, dass dies vielen der Opfer nicht gelingt. Vor allem das so genannte mexikanische Zeta-Kartell hat sich auf diesem Feld unter Einsatz höchster Brutalität einen Namen gemacht und setzt einen geschätzten zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr um. Am mexikanischen Beispiel wird eine Grundkonstante offenbar, die das Schicksal von Flüchtlingen und Migranten in vielen Teilen der Welt bestimmt: Die Ordnungskräfte vieler Länder des Südens betrachten durchreisende Flüchtlinge kaum als schützenswerte Individuen, die über ein Mindestmaß an Bürgerrechten verfügen. Nicht selten sind es sogar die Polizeikräfte selbst, die gegen illegale und papierlose Migranten mit extralegalen Maßnahmen vorgehen. Unter diesen Bedingungen sind die Betroffenen Willkür und vielerlei Gefahren ausgesetzt, in besonderer Weise leiden Frauen unter Misshandlungen und Vergewaltigungen.

Mehr Fluchtbewegungen durch Klimawandel

Umweltzerstörung und Klimawandel stellen heute Fluchtursachen mit stark wachsender Bedeutung dar. Auch wenn nicht jedes Wetterextrem in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Klimawandel steht, sind die

Folgen des weltweiten Temperaturanstiegs unbestritten. Auslöser sind Treibhausgase, insbesondere CO₂, deren Hauptproduzenten die reichen Industrienationen sind. Die Folgen des Klimawandels hingegen treffen die Ärmsten der Armen. Bereits heute müssen Millionen Menschen ihre Siedlungsgebiete wegen Umweltschäden infolge des Klimawandels dauerhaft verlassen. Kleinbauern in ökologisch sensiblen Gegenden verbuchen deutliche Ernterückgänge durch Temperaturanstieg und ein verändertes Niederschlagsverhalten. Im peruanischen Tiefland kommt es zum Beispiel seit einigen Jahren zu kräftigeren Regenfällen in kurzer Zeit und sich anschließenden längeren Dürreperioden. Kleinbauern, die nicht durch gezielte Projekte zur Anpassung an den Klimawandel ihre Anbauprodukte und -methoden ändern, sind häufig zur Abwanderung gezwungen. Im Südsudan, dem Land mit der geringsten Ernährungssicherheit weltweit, haben in den letzten Jahren jeweils zwischen 110.000 und 340.000 Menschen durch Überflutungen ihre Unterkünfte verloren und mussten fliehen. Bei einem großen Teil von ihnen handelt es sich um Konfliktopfer, die bereits zuvor ihren ursprünglichen Lebensraum durch Gewalteinwirkung verlassen mussten.

Die am wenigsten entwickelten Länder sind (vor allem oft auch in ihren Küstenregionen) besonders vom Klimawandel betroffen. Diverse Studien prognostizieren, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 500 Millionen Menschen ihre Heimat durch Klimawandel und Umweltzerstörung verlassen werden. Auch wenn es den „Klimaflüchtling“ in der Definition des UNHCR noch nicht gibt – in der Realität des Südens ist er schon millionenfache Realität. Dies wird am Beispiel Burkina Fasos besonders deutlich. In keiner anderen Weltregion werden die negativen Folgen des Klimawandels so sichtbar wie in der fortschreitenden Verwüstung der Sahelzone. Innerhalb einer Generation sind die Niederschlagsmengen um elf Prozent gefallen, ein Fünftel der Ackerflächen ist inzwischen verschwunden. In Kombination mit einer der höchsten Geburtenraten der Welt entsteht in Burkina Faso eine explosive Situation, in der immer mehr – junge – Menschen trotz einer schwindenden Anbaufläche ernährt werden müssen. Die schleichenden Veränderungen durch Klimawandel und Umweltzerstörung erhöhen noch zusätzlich das Risiko, das durch Naturkatastrophen ohnehin besteht, weil die Vulnerabilität der Betroffenen bereits vor Eintritt des Ereignisses erhöht ist. Neuere Studien haben erbracht, dass sich die Wahrscheinlichkeit von Vertreibung und zwangsweiser Umsiedelung nach Katastrophen seit den siebziger Jahren um das Vierfache erhöht hat. In dem aktuellen „Disaster Displacement Risk Index“ des Schweizer Internal

Displacement Monitoring Centre³ führt das von Entwaldung und Korruption geprägte Haiti die Liste der gefährdetsten Länder an. Dort ist weltweit das Risiko am größten, dass Menschen infolge von Katastrophen ihren Wohnort verlassen müssen. Auf den weiteren Plätzen folgen die Philippinen, die Pazifikinseln Tonga und Samoa sowie China. Der Zyklon, der im März 2015 große Teile des aus 83 Inseln bestehenden Pazifikstaates Vanuatu verwüstete, rückte eine Weltregion in den Fokus, in der in den kommenden Jahrzehnten mehrere hunderttausend Menschen aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels zu Umweltflüchtlingen werden.

Wirtschaftliche Not führt zu erzwungener Migration

Am Beispiel Burkina Fasos lässt sich ein anderes weltweites Phänomen beobachten, das zu Flucht und Abwanderung führt: Landgrabbing. Internationale Konzerne kaufen oder pachten riesige Anbaugelände in Afrika, Asien und Lateinamerika und nutzen die Felder, um Nahrungs-, Futtermittel oder Energiepflanzen anzubauen. Die Erträge sind überwiegend für den Export bestimmt. In Burkina Faso wurden tausende Hektar besonders fruchtbaren Ackerlandes für den Baumwollanbau für 99 Jahre an internationale Unternehmen verpachtet. Diese rein exportorientierte Politik geht zu Lasten der Kleinbauern und vermindert zugleich den Anbau lokaler Grundnahrungsmittel. So entsteht eine paradoxe Situation: Länder wie Burkina Faso oder auch Mali vergeben landwirtschaftliche Nutzflächen in großem Stil, können aber die eigene Bevölkerung nicht selbstständig ernähren. Sie sind fortan abhängig von Nahrungsmittelimporten und Weltmarktpreisen – mit katastrophalen Folgen für die Ernährungssicherheit. Beim Wettbewerb um Ackerland haben Kleinbauern und Landlose, Nomaden und Hirten das Nachsehen – Menschen, die ohnehin von Hunger und Mangelernährung bedroht sind. In vielen Fällen werden sie mit Gewalt vertrieben, ohne Entschädigung umgesiedelt oder zu Verpachtung oder Verkauf gezwungen. Die Betroffenen verlieren ihren Zugang zu Land und Wasser und damit ihre Lebensgrundlage. Sie sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, in die Städte zu ziehen oder als Migranten im Ausland nach einem besseren Leben für sich und ihre Familien zu suchen.

Landankäufe verhindern den Kampf gegen Hunger und Armut und wirken als Entwicklungsbremse. Ähnlich verhält es sich mit Agrarexporten aus der Europäischen Union. Ob Milchkpulver, Gemüse oder

Fleisch – Produkte aus der EU überfluten die afrikanischen Märkte. Mit katastrophalen Folgen, wie sich am Beispiel von Geflügelexporten zeigen lässt. Allein der Verkauf des Bruststücks von Hühnchen scheint – ein Ergebnis von Intensivlandwirtschaft und Massentierhaltung – das komplette Huhn zu refinanzieren. Die übrigen Teile können selbst ohne Agrarsubventionen billig tiefgefroren ausgeführt werden und haben damit insbesondere in westafrikanischen Ländern wie Senegal die Geflügelbauern binnen weniger Jahre ruiniert. Für die betroffenen Kleinbauern muss der Eindruck entstehen, dass Europa die landwirtschaftliche Erstarbung Afrikas behindert, um anschließend Entwicklungshilfe zu gewähren – eine Politik der Widersprüche. Obwohl Senegal ein politisch stabiles Land mit einer stolzen demokratischen Tradition ist, kann es seinen vornehmlich jungen Bewohnern keine wirtschaftlichen Perspektiven bieten. Im Zentrum der Kritik von Entwicklungshilfeorganisationen steht dabei auch ein Fischerei-Abkommen, das 2014 zwischen Senegal und der Europäischen Union geschlossen wurde. Diese Vereinbarung sichert der EU umfangreiche Fischereirechte vor der senegalesischen Küste zu, während einheimische Fischer keine Lizenzen erhalten. Zudem werden die Fänge offensichtlich zu einem beträchtlichen Teil in der EU verarbeitet – tausende Arbeitsplätze sind dadurch in dem westafrikanischen Land verloren gegangen⁴.

Viele Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens sind zwar reich an Bodenschätzen, doch weltweit nutzen die Länder des Nordens ihre Dominanz, um sich – häufig ganz offiziell und vertraglich abgesichert – den Zugriff auf wichtige Ressourcen zu sichern. Das gilt zum Beispiel auch für die Demokratische Republik Kongo, wo unter anderem Diamanten, Gold und Coltan abgebaut werden. Coltan oder vielmehr das darin enthaltene Tantal ist für die Produktion leistungsstarker Chips und Kondensatoren unbedingt notwendig: ohne Tantal keine Handys, keine Computer. Dennoch ist der Kongo eines der ärmsten Länder der Erde, denn ausländische Firmen zahlen kaum Steuern oder Zölle auf die Rohstoffe. Hinzu kommt, dass viele Coltan-Minen von Rebellengruppen kontrolliert werden, die das seltene Erz illegal verkaufen und den Ertrag in Waffen investieren. Coltan-Geschäfte tragen so zur Verlängerung des seit Jahren andauernden Bürgerkriegs im Osten des Landes bei und stürzen die Zivilbevölkerung in immer größeres Elend. Fast 2,6 Millionen Menschen sind innerhalb der Demokratischen Republik Kongo auf der Flucht.

Rücküberweisungen als Motor für Entwicklung

Ein ökonomischer Aspekt von Migration, der in seiner Tragweite kaum hoch genug eingeschätzt werden kann, betrifft das Phänomen sogenannter Rücküberweisungen, die im Fachjargon „Remittances“ heißen. Dabei handelt es sich um Gelder, die Migranten aus ihrer neuen Heimat in ihre Herkunftsländer senden. Nach Angaben der Weltbank flossen im Jahr 2014 rund 435 Milliarden US-Dollar auf diese Weise in Entwicklungs- und Schwellenländer und leisteten damit einen wichtigen Beitrag für Entwicklung und Wohlergehen in den Empfänger-gesellschaften. Dieser Wert steigt seit Jahren an, 2014 um 5 Prozent, 2015 werden weitere 4,4 Prozent Wachstum erwartet, was dann eine Gesamtsumme von 454 Milliarden US-Dollar bedeuten würde. Berücksichtigt man zudem die Summen, die auf informellen Kanälen die Grenzen überqueren (über Mittelsmänner), dann könnte dieser Betrag, so Experten, nochmals um die Hälfte nach oben korrigiert werden. Allein der Wert der registrierten Rücküberweisungen übersteigt die jährliche weltweite offizielle Entwicklungshilfe aller Mitgliedsländer der OECD um das Dreifache.

Von diesen Überweisungen sind nicht nur Millionen Haushalte, sondern auch ganze Volkswirtschaften abhängig. Für die im Herkunftsland verbliebene Familie stellen sie eine wesentliche Lebensgrundlage dar und helfen, den Schulbesuch, die medizinische Versorgung, Miete und Essen zu finanzieren. Darüber hinaus bilden sie für die Herkunftsländer eine wichtige Devisenquelle. In Zeiten von Krisen und Katastrophen können die regelmäßigen Gelder aus dem Ausland schwierige Situationen überbrücken helfen, wie zum Beispiel im Fall der syrischen Flüchtlinge. Studien der Weltbank haben ergeben, dass Rücküberweisungen in beträchtlichem Umfang dazu beitragen, dass erzwungene Migration bzw. Flucht in von Gewalt und Naturkatastrophen geprägten Situationen verhindert werden kann. Gleichzeitig stellen Rücküberweisungen einen lukrativen Geschäftszweig dar. Der Branchenführer Western Union, der nach eigenen Angaben weltweit 29 Transaktionen pro Sekunde durchführt, erwirtschaftet einen Jahresgewinn von 5,5 Milliarden US-Dollar. Laut den Übersichten der Weltbank ist Indien mit jährlich 71 Milliarden US-Dollar der größte Empfänger privater Überweisungen von Migranten. Auf den weiteren Plätzen folgen hier China, Philippinen, Mexiko und Nigeria. Gewisse Länder sind von Rücküberweisungen volkswirtschaftlich in hohem Maße abhängig. Spitzenreiter ist Tadschikistan, wo 42 Prozent des

Bruttosozialprodukts (BSP) von Überweisungen tadschikischer Auslandsarbeiter stammen. Dort, wie auch in Europas ärmstem Staat Moldawien, wo ein Viertel des BSP von Familienmitgliedern im Ausland kommt, ist die Anzahl von Sozialwaisen in den letzten Jahren stark angestiegen. Vor allem im ländlichen Bereich gibt es ganze Landstriche, in denen Kinder nur von ihren Großeltern betreut und erzogen werden. In Moldawien sind offiziell rund 40.000 Kinder als Sozialwaisen erfasst, die wirklichen Fallzahlen liegen weit höher. Entwicklungsländer wie Haiti (21 Prozent Anteil der Rücküberweisungen am BSP) könnten ohne diese Finanzspritzen von außen kaum existieren.

Der Beitrag von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Was in den aktuellen Diskussionen zum Thema Flucht und Migration immer wieder in Vergessenheit gerät, ist die Tatsache, dass Wanderungsbewegungen eine Konstante in der Menschheitsgeschichte darstellen. Seit Jahrtausenden verlassen Menschen ihre Heimat, um jenseits der Grenzen ihres Herkunftslandes nach besseren Lebensbedingungen und Entwicklungschancen zu suchen. So verlassen auch zehntausende Deutsche jedes Jahr die Bundesrepublik, um – zumindest zeitweise – im Ausland zu leben und zu arbeiten. Die politische und ökologische Lage zahlreicher Krisenregionen weltweit lässt nicht erwarten, dass sich die globale Migrationsproblematik in naher Zukunft entschärfen lässt. Besonders besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die Zunahme von unkontrollierten Fluchtbewegungen durch Kriege und Konflikte. Die Hauptzielländer dieser Konfliktopfer liegen, wie oben bereits ausgeführt, mehrheitlich im Süden und leiden zum Teil unter einer massiven politischen und gesellschaftlichen Destabilisierung durch den massenhaften Zuzug. Nicht selten kommt es zu Verteilungskonflikten zwischen den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung um knappe Ressourcen, die in gewalttätige Auseinandersetzungen münden können. Die Europäische Union und Deutschland müssen diese Länder in Zukunft noch stärker bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise unterstützen. Sollte ein von sich aus bereits fragiler Staat wie der Libanon oder ein Stabilitätsanker wie Jordanien unter dem Eindruck der Syrienkrise auseinanderbrechen, wären die humanitären und politischen Folgen für die ganze Region des Nahen und Mittleren Ostens unabsehbar. Humanitäre Soforthilfe ist in diesen Ländern wie in vergleichbaren Situationen von besonderer Notwendigkeit, um aus Fluchtbewegungen keine weiteren Krisenherde entstehen zu las-

sen. Darüber hinaus kommt es darauf an, Kriegsflüchtlingen und -vertriebenen im Rahmen des Möglichen Perspektiven für eine Zukunft zu geben. Hierzu gehören Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, um die mehrheitlich jugendliche Gruppe der Flüchtlinge davor zu bewahren, eine leichte Beute politischer Extremisten und Terroristen zu werden. In Ostafrika gibt es zahlreiche Beispiele, wie jahrzehntelang bestehende Flüchtlingslager, in denen Menschen nahezu ihr ganzes Leben verbracht haben, zur Eskalation innenpolitischer Konflikte beigetragen haben. Zudem kann unregelmäßige Zuwanderung durch eine Verschiebung der Größenverhältnisse von Bevölkerungsanteilen latente ethnische oder religiöse Konflikte verstärken.

Die Entwicklungszusammenarbeit hat, wie bereits kurz angedeutet, vielfältige Auswirkungen in Bezug auf Migration und die Bewältigung von Fluchtbewegungen. In letzter Konsequenz wird mehr Entwicklung, Bildung und Wohlstand zu mehr Mobilität führen, was sich durchaus zum Nutzen aller Beteiligten auswirken könnte. In diesem Kontext werden immer wieder Modelle einer zirkulären Migration diskutiert, die Migranten das Pendeln zwischen ihrem Heimat- und Aufnahmeland erleichtern sollen und auf diese Weise einen besseren Einsatz des Humankapitals ermöglichen könnten. Eine von Caritas international durchgeführte Befragung unter Migrationswilligen in Westafrika ergab, dass 90 Prozent der mehrheitlich jungen Männer nicht die Absicht haben, ihrer Heimat auf lange Sicht fernzubleiben. Sie wollen vielmehr Geld verdienen, sich fortbilden und dann zurückkehren. Eine gesteigerte Mobilität (zum Beispiel durch aufenthaltsrechtliche Bestimmungen) könnte zu positiven Auswirkungen in Wirtschaft und Handel führen.

Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit leisten idealtypisch aber bereits einen Beitrag zur Prävention von Flucht und erzwungener Migration. Die Bekämpfung von Hunger und extremer Armut sowie Investitionen in Gesundheit und Bildung sind wichtige Meilensteine, die Menschen dazu bewegen, in ihrem angestammten Umfeld Perspektiven für die Zukunft zu entdecken – selbst unter prekären äußeren Umständen. Der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, zu denen insbesondere Nichtregierungsorganisationen einen nachhaltigen Beitrag leisten können, ist für die Stabilisierung von Gemeinwesen ebenfalls von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang kann mit gutem Recht auch auf die Rolle der kirchlichen Institutionen verwiesen werden, die oftmals über hohes Vertrauen verfügen und durch ihre

Verankerung in der Bevölkerung langfristige Entwicklungsprozesse anstoßen und begleiten können.

Von besonderer Wichtigkeit für die Zukunft ist angesichts der bestehenden hohen Flüchtlingszahlen die Rückansiedelung und Reintegration. Millionen Menschen, die ihre Heimat unfreiwillig verlassen haben, möchten in diese zurückkehren, es fehlt aber an reisetechischen und finanziellen Möglichkeiten, um den Neuanfang zu bewerkstelligen. Zuweilen ist auch die Infrastruktur, zum Beispiel nach Kriegen, derart zerstört, dass eine Wiederansiedelung nicht möglich ist. Für Organisationen der Entwicklungshilfe ist es oft schwer, hierfür die notwendigen Mittel zu generieren oder es fehlt an den politischen Rahmenbedingungen. In den meisten Fällen ist es mit dem Bau von Häusern und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten auch nicht getan. Wo zuvor Krieg und Gewalt herrschten, muss die Wiederansiedelung in der Regel auch durch friedens- und versöhnungstiftende Maßnahmen begleitet werden.

In der Realität ist jedoch für viele Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene auf lange Sicht weder eine Rückkehr in ihr Heimatland noch eine Integration in einem Asylland möglich. Momentan gibt es rund 5,5 Millionen Flüchtlinge, die seit fünf Jahren oder länger in Flüchtlingslagern leben. Viele leben bereits in zweiter und dritter Generation als Flüchtlingsfamilien fern ihrer Heimat. Für die 450.000 somalischen Flüchtlinge, die beispielsweise seit 20 Jahren im kenianischen Lager Daadab ausharren und dieses nicht verlassen dürfen, gibt es nahezu keine Perspektiven. Nur ein sehr geringer Anteil von Flüchtlingen kommt in den Genuss so genannter Resettlement-Programme, die unter Regie des UNHCR durchgeführt werden. Hierbei geht es um die dauerhafte Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen durch Drittländer, die bislang zu rund 80 Prozent von den USA, Kanada und Australien aufgenommen wurden. Das Angebot an Resettlement-Programmen in Zusammenarbeit mit UNHCR durch einzelne Staaten ist jedoch weit geringer als die Nachfrage. Laut UNHCR liegen die jährlich angebotenen Kontingente lediglich bei insgesamt rund 80.000 Plätzen. In den nächsten fünf Jahren, so die UN-Organisation, würden rund 800.000 Menschen Resettlement benötigen. Die Bundesrepublik beteiligt sich seit 2012 am Resettlement-Programm der Vereinten Nationen mit einer jährlichen Quote von 300 Personen. Im Sommer 2014 wurden durch einen Beschluss der Innenministerkonferenz im Rahmen eines Humanitären Aufnahmeprogramms weitere

10.000 Plätze für Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Kontext des Syrien-Konflikts geschaffen.

Die Auswirkungen von Flucht und Migration üben auf die Industrieländer des Nordens einen wachsenden Druck aus, dem durch Abschottung allein nicht dauerhaft begegnet werden kann. Es wird in Zukunft noch stärker darauf ankommen, Fluchtursachen durch Konfliktprävention und integrale Hilfe bereits im Ansatz zu bekämpfen sowie den Wanderungsdruck aus dem Süden durch infrastrukturelle Maßnahmen vor Ort (v. a. Anhebung des Lebensstandards) sowie Mechanismen geordneter Zuwanderung zu steuern. Und schließlich wird es – nicht zuletzt auch in Deutschland – eine zentrale Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft sein, in der Bevölkerung das Bewusstsein zu erhöhen, dass das Phänomen Migration eine Grundkonstante menschlichen Lebens darstellt und in einer globalisierten Welt nicht mehr von der Agenda verschwinden wird.

Anmerkungen

- 1 Zu diesen und anderen genannten Flüchtlingszahlen vgl.: UNHCR, Mid-Year Trends 2014, Genf 2015. Der Bericht ist abrufbar unter: <http://unhcr.org/54aa91d89.html>. Aktuelle Daten und Fakten zur Situation von Flüchtlingen und Vertriebenen finden sich unter <http://www.unhcr.de/>
- 2 Heidelberg Institute for International Conflict Research, Conflict Barometer 2014, Heidelberg 2015. Im Internet abrufbar unter: http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2014.pdf
- 3 Internal Displacement Monitoring Centre, Disaster-related displacement risk: Measuring the risk and addressing its drivers, Genf 2015, 23
- 4 Vgl. hierzu Ziegelmayer, Usha, „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“. Überfischung und Landgrabbing: Warum Europa mitverantwortlich ist für die Migration aus dem Senegal, in: Böll (Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung), Ausgabe 3 (2014), 8-9

Der Verfasser

Dr. Oliver Müller, Studium der Theologie und Politikwissenschaft, Leiter von Caritas international, dem Hilfswerk der deutschen Caritas mit Sitz in Freiburg/Breisgau